

Hahn: Hessen sollte seine Anteile am Flughafen Hahn abgeben

Wiesbaden. Vor Gesprächen zwischen den Ländern Hessen und Rheinland Pfalz über das weitere Schicksal des Flughafens Hahn im Hunsrück hat der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jörg-Uwe Hahn, gewarnt: "Es muss jeden Hessen stutzig machen, dass nicht nur die CDU-Oppositionsführerin Julia Klöckner, sondern nunmehr auch die Rheinland Pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer schnelle Konsultationen der beiden Landesregierungen fordert. Das erinnert mich stark an die vergangenen Zeiten im letzten Jahrzehnt, als das Land Hessen oder Fraport den Flughafen Hahn finanziell über Wasser gehalten hatten", so der FDP -Politiker weiter.



Jörg-Uwe Hahn (FDP)

[Sie haben einen themenrelevanten Kommentar?](#)

© fuldainfo - foto: norbert hettler

Hahn erinnerte daran, dass zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts sich das Land Hessen sogar als Gesellschafter mit einem zweistelligen Millionen Betrag an dem Flughafen im Hunsrück beteiligt habe. Ganz offensichtlich sei es der rheinland-pfälzischen Landesregierung aber nach dem Ausstieg von Fraport nicht gelungen, für den Flughafen Hahn ein erfolgreiches Geschäftsmodell zu entwickeln. "Es war ein besonders schwerer Fehler des damaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck, die Vereinbarungen mit Fraport aufzukündigen und damit den Rückzug des Frankfurter Flughafens zu provozieren. Es war verabredet, einen sogenannten Hahn-Taler - einer Eintrittsgebühr vergleichbar - einzuführen. Dann drohte jedoch Ryanair mit Abzug, die rheinland-pfälzische Landesregierung knickte ein und aus betriebswirtschaftlichen Gründen stieg Fraport letztlich aus. Und die vielen Jahre der roten Zahlen und Belastungen allein für die rheinland-pfälzischen Steuerzahler begannen und gelten fort."

Es gäbe keine vernünftigen Synergien zwischen dem Weltflughafen in Frankfurt und dem Hunsrücker Flughafen, so Hahn. Dies seien zwei total verschiedene Ligen. "Hahn ist nicht die Alternative auf die Lärmproblematik im Rhein-Main-Gebiet. Gespräche zwischen den beiden Landesregierungen können deshalb über Höflichkeit nicht hinausgehen. Hessen sollte sich vielmehr als Gesellschafter aus dem Hahn vollständig zurückziehen", so der FDP-Politiker. +++ fuldainfo